



HOHE PREISE NÄHREN DIE HUNGERKRISE

Das Ernährungssystem ist in Schieflage

Die Lebensmittelpreise sind in Ländern mit niedrigem Einkommen weiterhin hoch und verursachen Hunger. Multiple Krisen sowie strukturelle Ursachen treiben die Preise an. Betroffene Länder befinden sich in einem Teufelskreis aus Krisen, hohen Schulden, schlechter Regierungsführung und Verwundbarkeit. Regierungen im Globalen Süden und Globalen Norden sind in der Verantwortung strukturelle Reformen für den Wandel zu einem nachhaltigen, gerechten Ernährungssystem zügig umzusetzen. Notwendige Ressourcen müssen über die öffentliche Entwicklungsfinanzierung hinaus mobilisiert werden. Investitionen in Landwirtschaft und ländliche Räume sind ein effektiver Hebel, um den Preisdruck zu reduzieren und damit auch den Hunger.

GENUG PRODUKTION, ABER UNGLEICHE VERTEILUNG

Der Krieg gegen die Ukraine und die Blockade der Getreideexporte aus der Ukraine haben im Jahr 2022 zu Höchstständen bei Lebensmittelpreisen geführt. Diese Lebensmittelpreiskrise hat die ärmsten Länder hart getroffen, die einen Großteil ihrer Lebensmittel importieren müssen und vom Weltmarkt besonders abhängig sind. Im August 2024 ist der UN-Nahrungsmittelpreis-Index mit rund 120 Punkten deutlich unter den Rekordwert von März 2022 gesunken. Die aktuellen Prognosen für die Getreideernten sind zwar überwiegend gut. Doch das hohe Produktionsniveau kann mit dem weltweit steigenden Bedarf kaum Schritt halten. Und: Die gesunkenen internationalen Lebensmittelpreise und die guten Ernteerträge kommen nicht überall an.

Die lokalen Preise – die für die Menschen letztlich relevant sind – waren im März 2024 im Vergleich zum Vorjahr immer noch sehr hoch und steigen teilweise weiter an.¹ Vor allem in Ländern mit niedrigem Einkommen ist

die Inflation bei Lebensmittelpreisen extrem hoch. Arme Haushalte leiden besonders unter der hohen Inflation, da sie in der Regel den größten Teil ihres Einkommens für Essen ausgeben müssen. Sie haben durch die Pandemie und den Krieg gegen die Ukraine bereits erhebliche Kaufkraftverluste erlitten. Die Folge: Immer mehr Menschen können sich Lebensmittel nicht mehr leisten und müssen die Anzahl oder Qualität der Mahlzeiten reduzieren. Ihre Ernährungssicherheit ist gefährdet.

HOHE PREISE VERURSACHEN HUNGER

Laut Welternährungsorganisation (FAO) sind im Jahr 2023 weltweit rund 733 Millionen Menschen unterernährt, das sind 152 Millionen mehr als 2019 vor der Pandemie.² Wenn sich der Trend so fortsetzt, wird das SDG 2 „kein Hunger bis 2030“ klar verfehlt. Die hohen Lebensmittelpreise erschweren die Bemühungen zur Beendigung des Hungers immens. Die globale Ernährungssicherheit verschlechtert sich: 28,9% der Weltbevölkerung (2,3 Milliarden Menschen) haben keinen konstanten Zugang zu ausreichend Nahrung für ein gesundes und aktives Leben.³ Davon sind aktuell 258 Millionen Menschen akut unterernährt.⁴ Weltweit sind laut FAO 45 Länder auf externe Lebensmittelunterstützung angewiesen.⁵

Bei der Hungerbekämpfung ist auch die Versorgung mit Nährstoffen wichtig, um den sog. versteckten Hunger zu reduzieren. Eine gesunde Ernährung ist essenziell, um das Risiko für bestimmte Krankheiten zu senken. Aber die Kosten dafür sind während der Pandemie global um 6,7% gestiegen und im Jahr 2022 nochmal um 11%.⁶ Damit ist eine gesunde Ernährung für 2,8 Milliarden Menschen unerschwinglich. Nährstoffreiches Essen wie Obst und Gemüse ist relativ teuer im Vergleich zu kalorienreichem Essen. Bei armen Haushalten besteht eine besonders

1. Weltbank (2024): Food Security Update, April 2024

2. FAO, IFAD, UNICEF, WFP, WHO (2024): The State of Food Security and Nutrition in the World 2024 (SOFI-Bericht 2024)

3. Ibid.

4. FSIN, Global Network Against Food Crises (2023): Global Report on Food Crises 2023

5. FAO (2024): Crop Prospects and Food Situation–Triannual Global Report. No.2

6. SOFI-Bericht 2024

Malawi: Dürre treibt Preise auf Rekordniveau

Im Südlichen Afrika herrscht aufgrund des Wetterphänomens El Niño seit Anfang 2024 eine Dürre. In Malawi wurde fast die Hälfte der Maispflanzen beschädigt. Ernteverluste führen besonders bei ländlichen Haushalten zu Einkommensverlusten und Kleinbäuer*innen sind auf den Zukauf von Nahrung angewiesen. Der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion erzeugt Druck auf bereits hohe lokale Lebensmittelpreise. Im Februar 2024 lag die Inflation der Lebensmittel bei 41,9%.⁷ Die Regierung hat wegen der katastrophalen Auswirkungen der Dürre auf die Ernährungssicherheit im März 2024 den nationalen Notstand ausgerufen. Eine Analyse unseres lokalen Partners CISANET zum aktuellen Haushalt zeigt den geringen Spielraum: 24% werden zur Zahlung von Schuldzinsen verwendet. Das Ministerium für Landwirtschaft erhält nur 8,5% aus dem Budget und verfehlt damit das Ziel der Malaboerklärung von 10%. Wichtige Ausgaben wurden gekürzt, z.B. für das Agriculture Inputs Program, mit dem direkt in die lokale Lebensmittelproduktion investiert wird. Die Zahl der unterstützten Landwirt*innen wurde deutlich eingeschränkt und erhöht die Ernährungsunsicherheit der Betroffenen.

große Lücke zwischen dem verfügbaren Budget für Lebensmittel und den notwendigen Ausgaben für eine gesunde Ernährung.

MULTIPLE KRISEN: FATAL FÜR ERNÄHRUNGSUNSICHERE LÄNDER

Die Gründe für hohe Lebensmittelpreise sind je nach Land unterschiedlich und entstehen oft aus einer Kombination verschiedener Krisen, die sich gegenseitig verstärken:

1. Die **Auswirkungen des Klimawandels** und zunehmende Extremwetterereignisse führen dazu, dass es lokal häufiger zum Verlust von Ernten und Vieh kommt. Durch das beschränkte Angebot steigen die Preise.
2. **Wirtschaftliche Schocks** wie jene infolge der Corona-Pandemie haben aufgrund unterbrochener Lieferketten zu steigenden Lebensmittelpreisen geführt. Millionen Menschen haben ihre Arbeit verloren und sind in Armut oder Hunger abgerutscht. Kleinbäuer*innen im Globalen Süden konnten sich die unerschwinglichen Preise für Saatgut, Dünger und Energie nicht mehr leisten, wodurch ihre Ernteerträge zurückgingen. In einkommensschwachen Ländern müssen die Menschen 40 bis 65% ihres Einkommens für Lebensmittel aufwenden und sind bei Preisanstiegen verwundbarer.⁸
3. **Kriege und Konflikte** sind ein treibender Faktor für steigende Lebensmittelpreise, wenn Exporte oder Importe eingeschränkt, Lieferketten unterbrochen und Transportkosten erhöht werden. Der Weltmarkt hat sich teilweise an die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine angepasst, indem Exporte aus Brasilien, den USA und der EU erhöht wurden. Aber auch Angriffe der Huthi-Milizen auf Frachtschiffe im Roten Meer, einer wichtigen Handelsroute, sind ebenfalls ein Risiko für die Versorgungssicherheit. Zudem haben neue Konflikte – wie im Gazastreifen oder Sudan – katastrophale Auswirkungen auf die lokale Ernährungssicherheit. Denn Importe werden massiv eingeschränkt. Durch massenhafte Vertreibung der Zivilbevölkerung werden landwirtschaftliche Aktivitäten unterbrochen sowie Handel- und Marktaktivitäten erschwert.

Diese multiplen Krisen führen dazu, dass ernährungsunsichere Haushalte wichtige Ressourcen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts verlieren. Dies schränkt ihre Fähig-

keit ein, weitere Krisen oder Schocks zu bewältigen und Resilienz aufzubauen. Gleichzeitig wirken sich hohe Lebensmittelpreise negativ auf die Kosten für lebensrettende Humanitäre Hilfe aus, die zunehmend teurer wird. Dadurch können weniger Menschen versorgt werden.

SCHLECHTE POLITIK VERSCHÄRFT DAS PROBLEM

Das Ausmaß des globalen Hungers ist nicht nur auf Auswirkungen von Schocks, sondern auch auf strukturelle Ursachen wie Armut, steigende Ungleichheit, Instabilität, schlechte Regierungsführung und mangelnde Investitionen in die Landwirtschaft zurückzuführen. Die wirtschaftliche Erholung nach der Pandemie ist sehr ungleich verteilt. Es sind gerade Länder mit niedrigem Einkommen, in denen die Zahl an ernährungsunsicheren Menschen ansteigt.

Denn diese Länder sind oft abhängig von Lebensmittelimporten und haben Schwierigkeiten, ihre benötigten Importmengen zu bezahlen. Bei hohen Weltmarktpreisen müssen sie entsprechend mehr Geld für Importe ausgeben. Steigende Handelsbilanzdefizite und ein starker Dollar haben lokale Währungen abgewertet. Importe wurden noch teurer und haben die Inflation bei Lebensmittelpreisen weiter angetrieben.

Eine enorm hohe Schuldenlast öffentlicher Haushalte nach der Pandemie und steigende Zinsen schränken die finanziellen Möglichkeiten dieser Länder zusätzlich ein, um in Ernährungssicherung und soziale Sicherung zu investieren oder die Resilienz gefährdeter Haushalte zu stärken.⁹ 2023 mussten Regierungen des Globalen Südens schätzungsweise durchschnittlich 14,7% ihrer Staatseinnahmen für den Schuldendienst ins Ausland abführen, einige kritisch verschuldete Ländern sogar über 20 und 30%.¹⁰ Öffentliche Ausgaben für grundlegende Dienstleistungen oder für langfristige nachhaltige Entwicklung werden entsprechend gekürzt. Es fehlen Ressourcen für eine angemessene Reaktion auf Krisen wie anhaltend hohe Lebensmittelpreise oder Extremwetterereignisse. Die Regierungen sind durch Misswirtschaft, ineffiziente Mittelverwendung oder Korruption mitverantwortlich und müssen die transparente Verwendung öffentlicher Gelder verbessern. Diese Faktoren verstärken sich und betroffene Länder befinden sich in einem Teufelskreis, durch den sie verschuldet bleiben, Verwundbarkeit gegenüber weiteren Krisen zementiert wird und Fortschritte bei der Hungerbekämpfung verhindert werden. Zudem benachteiligt die internationale Finanz-

7. Weltbank (2024): Food Security Update, April 2024

8. FAO, IFAD, UNICEF, WFP, WHO (2023): The State of Food Security and Nutrition in the World 2023. Urbanization, agrifood systems transformation and

healthy diets across the rural-urban continuum.

9. United Nations (2023): Global Sustainable Development Report 2023

10. Misereor, Erlassjahr.de (2024): Schuldenreport 2024

Teufelskreis: Arme Länder gefangen zwischen Krisen, Schulden und Verwundbarkeit



¹² Grafik in Anlehnung an Ivana Vasic-Lalovic, Lara Merling, Aileen Wu

architektur Länder mit niedrigem Einkommen und geringen Einflussmöglichkeiten besonders. Das schränkt den Zugang dieser Länder zu dringend benötigten öffentlichen und privaten Finanzmitteln ein.¹¹

Protektionistische Handelspolitik ist ein weiterer Risikofaktor für die globale Preisstabilität bei Lebensmitteln. Während der Pandemie und zu Beginn des Krieges gegen die Ukraine reagierten einige Länder mit Exportverboten für Grundnahrungsmittel, um den heimischen Bedarf zu decken. Dies hat die globale Versorgung gestört, die Preise in die Höhe getrieben und war besonders für Länder problematisch, die auf Importe angewiesen sind. Fehlende ländliche Infrastruktur wie Straßen und Märkte stören vor allem lokale Lieferketten und verteuern Lebensmittel.

MEHR POLITISCHER WILLE NOTWENDIG

Gleichzeitig wächst die Kluft zwischen weltweit steigendem Bedarf und der Verfügbarkeit von Entwicklungsfinanzierung. Die Mittel des BMZ sind 2024 um 8% zurückgegangen, die Mittel des Auswärtigen Amtes um 10%. Auch für 2025 sind erhebliche Einsparungen geplant. Die Kürzungen bei Deutschlands Entwicklungsleistungen schlagen sich besonders stark in der Finanzierung für Ernährungssicherung nieder.¹³ Berechnungen des Zentrums für Entwicklungsforschung (ZEF) zeigen Optionen auf mit gezielten, kurzfristigen Maßnahmen den Hunger bis 2030 zu beenden. Die Kosten dafür haben sich heute im Vergleich zu 2020 verdreifacht und belaufen sich auf 93 Milliarden US-Dollar pro Jahr.¹⁴ Somit hat fehlender politischer Wille bei der Investition in Ernährungssicherung bereits zu massiven Zusatzkosten geführt.

WANDEL HIN ZU NACHHALTIGEM ERNÄHRUNGSSYSTEM

Die vielfältigen Ursachen hoher Lebensmittelpreise und ihre komplexen Auswirkungen auf die Ärmsten machen deutlich, dass fragmentierte oder rein technische Lösungen allein das Problem nicht lösen können. Regierungen

müssen strukturelle Veränderungen der globalen und regionalen Ernährungssysteme in Angriff nehmen und sich dabei vom Menschenrecht auf Nahrung als Richtschnur leiten lassen. Die Vereinten Nationen haben nachhaltige Ernährungssysteme als einen von sechs entscheidenden Hebeln identifiziert, um die SDGs zu erreichen.¹⁵ Denn sie haben das Potenzial Ernährungssicherheit zu gewährleisten ohne die wirtschaftlichen, sozialen oder ökonomischen Grundlagen für künftige Generationen zu untergraben.

Denn die bestehenden Ernährungssysteme sind nicht nachhaltig. Das fängt bereits an ihrer Basis an: Millionen von Kleinbäuer*innen, die keinen gesicherten Zugang zu Land, Beratungsdiensten oder Kapital haben und zusätzliche Einkommensquellen benötigen. Die Interessen von ernährungsunsicheren, marginalisierten Gruppen sind in politischen Entscheidungsprozessen kaum vertreten. Ihre Anliegen werden von der Politik missachtet. Grundlegende öffentliche Dienstleistungen wie soziale Sicherung sind in ärmeren Ländern als Rechtsanspruch kaum umsetzbar, da geringe Steuereinnahmen die Finanzierung erschweren.

Gleichzeitig werden im bestehenden Ernährungssystem die Kosten, welche durch Belastungen für die Gesundheitssysteme, Umwelt, Ernährungssicherheit und globale Erwärmung entstehen, nicht abgebildet oder den Verursachern in Rechnung gestellt. Durch den Wandel hin zu einem nachhaltigen System könnten diese Kosten drastisch reduziert werden. Berechnungen der Food Systems Economic Commission zeigen, dass der globale, wirtschaftliche Nutzen eines nachhaltigen Ernährungssystems enorm wäre und die hierfür notwendigen Investitionen bei weitem übersteigt.¹⁶

Es ist unstrittig, wie Rechtsrahmen und Politiken konkret gestaltet werden müssen, um das Ernährungssystem nachhaltig und gerecht zu gestalten. Eine zügige und entschlossene Umsetzung scheitert bisher auch an einer ausreichenden Finanzierung der immensen Investitionskosten. Zudem müssen beim Finanzierungsbedarf verstärkt die

11. IDOS (2024): IDOS Policy Brief 15/2024: Quo vadis, Entwicklungspolitik?

12. Center for Economic and Policy Research (2024): The Growing Debt Burdens of Global South Countries: Standing in the Way of Climate and Development Goals, Seite 7

13. Welthungerhilfe, Terre des Hommes (2024): Kompass 2024 – Zur Wirklichkeit der deutschen Entwicklungspolitik

14. Zentrum für Entwicklungsforschung (2024): ZEF Policy Brief No 48 - Ending Hunger by 2030: Consequences of Complacency and the new financial needs for achieving SDG2

15. United Nations (2023): Global Sustainable Development Report 2023

16. Food System Economics Commission (2024): Global Policy Report. The Economics of the Food System Transformation.

strukturellen Ursachen von Ernährungskrisen berücksichtigt werden.¹⁷ Regierungen tragen die Hauptverantwortung, die dafür notwendigen Ressourcen zu mobilisieren. Allerdings haben arme, verschuldete Länder oft begrenzten Zugang zu bestimmten Finanzinstrumenten oder müssen aufgrund des Risikos hohe Zinsen zahlen. Hier kann öffentliche Entwicklungsfinanzierung genutzt werden, um private Investitionen zu mobilisieren (sog. blended financing). Zudem ist die Reform des internationalen Finanzsystems ein zentraler Hebel, um ausreichend Investitionen für ein nachhaltiges Ernährungssystem zu mobilisieren und ärmeren Ländern Zugang zu deutlich mehr Kapital zu ermöglichen. Aktuell vorliegende Reformvorschläge sind nicht ausreichend und erfordern ein Umdenken bei Regierungen, die in diesem Finanzsystem große Macht haben: reiche Staaten wie Deutschland und die USA.¹⁸

INVESTITION IN LANDWIRTSCHAFT UND LÄNDLICHE RÄUME

Einkommensschwache Länder können ihre Abhängigkeit vom Weltmarkt durch verschiedene Strategien verringern: Steigerung der lokalen Produktivität und Weiterverarbeitung in der Landwirtschaft, Reduzierung von Nachernteverlusten, Regionalisierung des Handels mit Agrarprodukten. Dazu muss die Entwicklung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft bei der nationalen Armutsbekämpfung und Ernährungs-

sicherung politische Priorität erhalten, in konkrete Programme umgesetzt und mit entsprechenden Haushaltsmitteln ausgestattet werden. Das muss einhergehen mit einem sozial tragfähigen Strukturwandel der ländlichen Räume und dem Ausbau sozialer Sicherungssysteme¹⁹ - besonders für vulnerable Gruppen. Die Förderung armer, ländlicher Haushalte ist ein wirksamer Hebel zur Überwindung von Hunger:

- Verbesserter Zugang von Kleinbäuer*innen zu Land, Wasser, Saatgut, Informationen, digitalen Dienstleistungen, Transport, Märkten, um die Produktion zu erhöhen.
- Stärkung der nachhaltigen und resilienten Landwirtschaft mit regional an Klima, Bodenbeschaffenheit und Wasserverfügbarkeit angepassten Ansätzen.
- Neuausrichtung öffentlicher Investitionen wie landwirtschaftliche Subventionen, um diversifizierte, nachhaltige landwirtschaftliche Systeme zu fördern, die den Klimawandel abmildern und die natürlichen Ressourcen erhalten.
- Unterstützung der Kleinbäuer*innen bei der Anpassung an den Klimawandel durch Fortbildungen und den Anbau widerstandsfähiger Sorten.
- Einkommensquellen der Landbevölkerung diversifizieren.

17. SOFI-Bericht 2024

18. Andrea Böhm (2024): Sie wollen nicht die Rechnung zahlen. Schuldenkrise im Globalen Süden, Die Zeit Nr.34/2024

19. IDOS (2024): IDOS Policy Brief 15/2024: Quo vadis, Entwicklungspolitik?

DIE BUNDESREGIERUNG SOLLTE MEHR FOKUS AUF DIE STRUKTURELLEN URSACHEN FÜR ZU HOHE LEBENSMITTELPREISE UND HUNGERKRISEN LENKEN:

- Mehr öffentliche und politische Unterstützung mobilisieren für die notwendigen Reformen des Ernährungssystems hin zu mehr Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit. Dazu in der politischen Kommunikation auch den globalen wirtschaftlichen Nutzen eines nachhaltigen Wandels klar herausstellen und somit auch Deutschlands Interesse daran.
- Langfristig und multilateral gebündelt mehr Mittel in die Transformation der Ernährungssysteme in Ländern mit niedrigem Einkommen investieren. Dazu am ODA-Ziel von 0,7 Prozent des BNE festhalten und weiterhin 0,2 Prozent des BNE für die am wenigsten entwickelten Länder bereitstellen. Verstärkte Nutzung von öffentlichen Mitteln, um private Investitionen zu mobilisieren.
- Mehr Mittel bereitstellen für die Entwicklung von Subsistenzwirtschaft hin zu einer wirtschaftlich tragfähigen sowie sozial und ökologisch nachhaltig produzierenden Landwirtschaft in Verbindung mit einem sozialverträglichen Strukturwandel ländlicher Räume.
- Den politischen Dialog intensivieren wie - über die öffentliche Entwicklungsfinanzierung hinaus - zusätzliche Ressourcen für den enormen Investitionsbedarf in die Transformation der Ernährungssysteme mobilisiert werden können. Dazu SDG 2 „Kein Hunger bis 2030“ auf der internationalen Politikagenda zur Priorität machen.
- Sich verstärkt für eine zügige Reform von Instrumenten zur Bewältigung von Schuldenkrisen einsetzen (z.B. G20 Common Framework), damit kritisch verschuldete, arme Länder mehr finanziellen Spielraum erlangen. Die Umwandlung, die Restrukturierung oder der Erlass von Schulden müssen an Investitionen in eine nachhaltige Transformation des Ernährungssystems geknüpft sein.
- Die Koordination zwischen den Ressorts verbessern, die Ernährungssysteme beeinflussen. Ziel sollte sein die strukturpolitische Reformen zu priorisieren, mit denen zusätzliche Ressourcen mobilisiert werden können (z.B. Reform der internationalen Finanzarchitektur).
- Partizipative, inklusive Prozesse und Mechanismen der Entscheidungsfindung auf allen Ebenen stärken in allen Politikfeldern, die Einfluss auf die Transformation des Ernährungssystems haben. Dabei die Anliegen der am stärksten Betroffenen in den Mittelpunkt stellen und bestehende Machtungleichgewichte abbauen.

Bonn/Berlin, November 2024

Kontakt: **Stefanie Kolodziej**

E-Mail: policy@welthungerhilfe.de

Deutsche Welthungerhilfe e. V. | Friedrich-Ebert-Straße 1 | 53173 Bonn
Tel. +49 (0)228 22 88-0 | Fax +49 (0)228 22 88-333 | www.welthungerhilfe.de